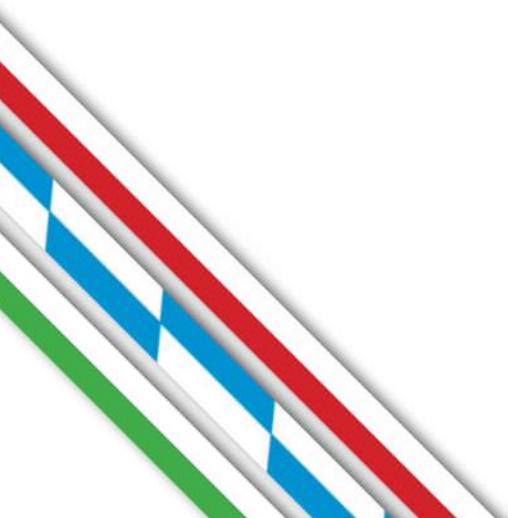


1953 -1989 -2023
Von der Sehnsucht nach und
dem Bewahren von Freiheit

SEHNSUCHT
FREIHEIT
17. JUNI 1953

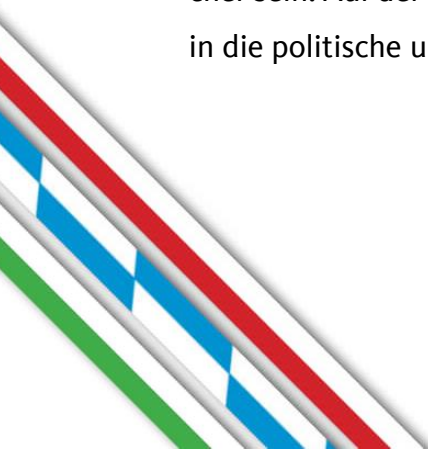


Der Blick in die deutsche Geschichte zeigt eines ganz deutlich: Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss hart erkämpft, durch vielfältige Mechanismen und mit unterschiedlichen Mitteln bewahrt und auch verteidigt werden. Allen Freiheitsprogrammen der Moderne – so unterschiedlich sie sich in der europäischen Historie auch darstellen mögen – ist dabei eines gemein: Sie tragen grundsätzlich das Risiko des Scheiterns in sich. Denn ein Leben in Freiheit und Demokratie in ihren unterschiedlichen Facetten ist eine flüchtige, geradezu zerbrechliche Errungenschaft, die es permanent aufs Neue zu bewahren gilt. Anlass dazu bieten die täglichen Herausforderungen unseres gesellschaftlichen Alltags mit immer neuen Bewährungsproben für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Neben Kritik und Zweifeln ist sie vor allem hartnäckigen Gegnern sowohl von links als auch von rechts sowie Angriffen von außerhalb Deutschlands ausgesetzt, die sie aushalten und abwehren muss.

In allen Zeiten haben sich Menschen gegen Unfreiheit und Unterdrückung aufgelehnt und ihrem Drang nach Freiheit und Selbstbestimmung Geltung verschafft – regelmäßig durch persönliche Opfer und Leid. Freiheitskampf, Unrecht und ertragenes Leid bilden eine Einheit, deren Erinnerung für uns ein Vermächtnis und eine staatspolitische Aufgabe ist. Zusammen mit einer umfassenden Bildungs- und Vermittlungsarbeit soll sie als Bestandteil einer offensiven Demokratiearbeit das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die Voraussetzungen und Zerbrechlichkeit freiheitlicher demokratischer Verhältnisse schärfen. Deshalb halten wir heute und künftig die Erinnerung an die Ereignisse des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 wach.

Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie

Die Ausgangslage in Ost- und Westdeutschland konnte im Jahr 1953 kaum unterschiedlicher sein: Auf der einen Seite war da ein Staat, der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in die politische und ökonomische Freiheit entlassen wurde, wengleich er auch vorerst in



seiner Souveränität beschränkt blieb; ihm gegenüber stand ein Staat, der in das Unrechtssystem des Sozialismus und damit nahezu nahtlos von einer Diktatur in die nächste gezwungen wurde.

Aus genau dieser Konstellation erklärt sich eine vollständig unterschiedliche Wirkung der Geschehnisse des 17. Juni 1953. Die Massenproteste Hunderttausender setzten dem sozialistischen System der DDR die Idee der Freiheit entgegen. Die brutale Niederschlagung dieses Aufstandes durch die sowjetische Besatzungsmacht – wie auch in Ungarn 1956 und Prag 1968 – und die ostdeutschen Sicherheitskräfte führte zu einer weiteren Verschärfung jener Maßnahmen, die der Herrschaftssicherung und Verfestigung von individueller, sozialer und ökonomischer Unfreiheit dienten. Die Bilanz: In mehr als 700 Orten kam es zu Streiks und Kundgebungen oder sogar zur Erstürmung von SED- und Polizeieinrichtungen. Mehr als 10.000 DDR-Bürger wurden festgenommen, mindestens 55 Todesopfer sind durch Quellen belegt. Zudem sahen viele nach dem Aufstand keinen anderen Ausweg, als ihre Heimat, ihre Familien und Freunde zu verlassen und in den Westen zu fliehen. Bis zum Mauerbau 1961 kehrten etwa 2,7 Mio. Menschen dem SED-Regime den Rücken und begingen als Ausdruck ihrer Ablehnung des DDR-/SED-Regimes „Republikflucht“. In der Bundesrepublik Deutschland wurde bereits im August 1953 der 17. Juni per Gesetz zu einem Feiertag erklärt; ein starkes Symbol, das sich gegen die erzwungene Teilung stellte und den Ostdeutschen in ihrem Streben nach Freiheit Mut machen sollte. Erinnerung wurde buchstäblich zum nationalen Auftrag!

Die Entwicklung nahm indes in beiden deutschen Staaten einen komplett unterschiedlichen Verlauf. In der DDR bildete sich ein sozialistischer Unrechtsstaat mit einem ausgeprägten Unterdrückungsapparat, einer ideologischen Indoktrination vom Kindesalter an, einem uniformen Alltag und vor allem mit nur wenigen verbliebenen individuellen Freiheitsrechten. Politische Beteiligung und öffentliches Mitwirken wurden zur Fassade, wie der SED-Chef Walter Ulbricht selbstentlarvend zugab: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“

Die aktive Teilnahme am öffentlichen Leben beschränkte sich vielfach nur noch auf einen ritualisierten Mitvollzug statt auf echte Teilhabe. Die Bundesrepublik nahm einen anderen Weg und garantierte über die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft immer mehr persönliche Freiheit, die mit einem hohen Maß an individuellen Entfaltungsmöglichkeiten einherging.

Während sich die DDR durch den Mauerbau im August 1961 und spätestens mit der Verfassung des Jahres 1974 vom Ziel der Deutschen Einheit endgültig lossagte, wurde die Erinnerung an diese Aufgabe im Westen weiterhin wachgehalten, woran Politikerinnen und Politiker der beiden Unionsparteien einen maßgeblichen Anteil hatten. Während Vertreter anderer Parteien die Hoffnung und den Glauben an eine deutsche Wiedervereinigung längst aufgegeben hatten, hielt die Union an diesem Ziel fest, indem sie diese zu ihrem politischen Programm erhoben hatte. In dieser Zeit zeigt sich in Westdeutschland, was später für das vereinigte Deutschland wie im Übrigen auch für jede andere freiheitliche Demokratie prägend ist: Freiheit ist kein statischer Zustand, der einmal erreicht für immer gesichert ist. Sie muss kontinuierlich gegen interne wie externe Angriffe verteidigt werden. Nicht zuletzt der linksextremistische Terror der RAF in den 1970er Jahren machte dies überdeutlich.

Für das moderne Freiheitsverständnis ist es geradezu konstitutiv, dass die Menschen ihr Leben nach eigenem Gutdünken führen können. Das schließt auch ein, die herrschende Grundordnung in Frage stellen zu können, wie es zum Teil durch die Akteure der westdeutschen Studentenbewegung der 1960er Jahre erfolgte. Diese Selbstbestimmung bedeutet Selbstverantwortung und schließlich auch, die Konsequenzen des eigenen Handelns zu tragen.

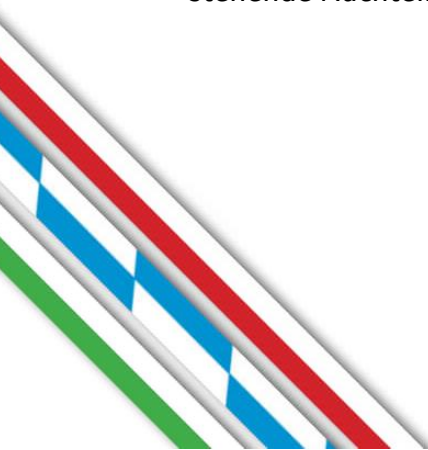
Demgegenüber steht die Unfreiheit der DDR mit der Entmündigung des Einzelnen als politisches Subjekt und einem Herrschaftsapparat, der die Mitverantwortung für alle Lebenslagen seiner Bürgerinnen und Bürger übernimmt, um ein System der scheinbar Gleichen zu schaffen. Es suggerierte eine vermeintliche soziale sowie innere und äußere Sicherheit. Im Kern aber bedeutete das System faktisch Kontrolle, Unterdrückung und Willkür; Gleichheit

wurde konsequent auf Kosten der Freiheit angestrebt – die es, wenn überhaupt, nur noch durch den Rückzug ins Private, aber nicht im öffentlichen Leben gab.

Erreichen und Bewahren von Freiheit

Angesichts der prekären Verhältnisse, unter denen die DDR-Bürger ihr alltägliches Leben meistern mussten, gepaart mit einer Herrschaftsordnung, die auf Repression, Denunziation und Kontrolle setzte, ist es rückblickend nicht verwunderlich, dass der Funke von 1953 schließlich 1989 erneut zündete. Ein Wunder bleibt es dennoch, dass diese Revolution – anders als dies zum damaligen Zeitpunkt zu vermuten war – friedlich verlief. Die Ereignisse von 1989 waren ein Akt der Selbstbefreiung, für den die mutigen Männer und Frauen bereits im Juni 1953 den Weg bereitet hatten. Trotz aller Unterschiede hat sich 1989/90 erfüllt, wofür die Menschen in der DDR 1953 auf die Straße gegangen sind: Einheit, Freiheit und Demokratie.

Der Einigungsvertrag vollendete formal die deutsche Einheit. Doch Unterschiede in der Wahrnehmung wirtschaftlicher und sozialer Prozesse blieben in Ost- und Westdeutschland erhalten. In Westdeutschland war vor allem das Ziel der Wohlstandserhaltung prägend, in Ostdeutschland hingegen wurde zweierlei sichtbar: einerseits ein schier unbändiger Glaube an Wachstum und Fortschritt durch die errungene Freiheit, andererseits eine gewisse Zukunftsangst und Verlust Erfahrungen. Während die berufliche Neuorientierung in vielen Fällen gelang und der Bruch der Erwerbsbiographien damit oftmals aufgefangen wurde, ist die Frage der Anerkennung früherer Lebensleistungen nach wie vor ein offener Punkt, der manche Ostdeutsche nach wie vor mit dem politischen System fremdeln lässt. Diese noch immer nicht vollständig aufgearbeitete Facette der Vereinigung gemahnt uns als Union, im Rahmen der vollständigen Vollendung der Einheit noch weiterhin daran zu arbeiten, noch bestehende Nachteile zu beseitigen.



Wir stehen heute vor der Herausforderung, die Errungenschaften unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bewahren und uns im Bewusstsein unserer jüngeren deutschen Historie und dem Mut der Menschen von 1953 und 1989 für den Weg der Freiheit zu entscheiden. Dass der Aufstand scheiterte, nimmt nichts von seiner historischen Bedeutung.

Wir sollten den 17. Juni als herausragendes Ereignis der demokratischen Entwicklung in Deutschland begreifen. Er war ein Akt der Selbstbefreiung. Deren Legitimation entspringt allerdings einem bürgerlichen Grundvertrauen in die jeweilige politische Ordnung und der Bereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger, etwas zu ihrer Aufrechterhaltung beizutragen. Wenig ausgeprägtes oder aber schwindendes Engagement in Parteien, Gewerkschaften oder Vereinen sowie sich mehr und mehr auflösende Bindekräfte der beiden großen christlichen Kirchen sind heute in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen eine Gefahr für die freiheitliche Demokratie. In der Folge wird eine zunehmend kleinere Gruppe von Akteuren in die Verantwortung für das Gemeinwohl genommen, während sich ein nicht unerheblicher Teil der Bürgerinnen und Bürger in private Lebensräume zurückzieht und die Teilnahme am öffentlichen, politischen Leben auf Kommentare in sozialen Medien zu reduzieren droht. Dabei lehrt uns gerade die eigene Historie, dass die Freiheit zur persönlichen Selbstentfaltung sich mit dem freiheitlichen Anspruch verbinden muss, an öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen und mit den materiellen Bedingungen dieser Freiheit verantwortungsvoll umzugehen. Das Grundvertrauen zu erhalten fordert jedoch gerade jetzt die Politik, den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürgern an ein modernes, funktionierendes und auf dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft aufgebautes Staatswesen nachzukommen und den erreichten Wohlstand für die Zukunft zu sichern. Notwendige Weichenstellungen müssen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern angegangen und durch sinnvolle Anreize umgesetzt werden.

Für die Union ist das Leitbild des mündigen Bürgers maßgeblich, der für sich und die Gesellschaft verantwortungsvolle Entscheidungen trifft.



Politik mit der „Brechtstange“, die auf Verboten und tiefen Eingriffen in die freie Lebensgestaltung der Bürgerinnen und Bürger aufbaut, ist kein Weg des Vertrauens und der Freiheit. Das Prinzip der Freiheit in Verantwortung ist es, welches die Union auszeichnet und das sie stets zur Leitlinie ihrer Politik gemacht hat. Das ist auch das Grundprinzip, das unser Staatswesen von den totalitären Systemen unterscheidet, mit denen wir heute im globalen Wettbewerb stehen.

Erinnerung als Auftrag für eine offensivere Demokratiearbeit

Die Erinnerung an das in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR erlittene Unrecht und den Mut der Menschen im Kampf für freiheitlich demokratische Verhältnisse sehen wir als eine beständige staatspolitische Aufgabe. Für die deutsche Geschichte ist die Erinnerung an die Überwindung einer Diktatur aus eigener Kraft eine einmalige Erfahrung. Diese lebendig zu halten ist uns Anspruch und Verpflichtung zugleich. Schließlich trägt eine lebendige Erinnerungskultur entscheidend dazu bei, die eigene Identität zu definieren und Verantwortung für die eigenen Handlungen zu übernehmen.

In der Auseinandersetzung mit den Diktaturen des 20. Jahrhunderts schärfen Bürgerinnen und Bürger ihr Bewusstsein sowohl für die Voraussetzungen als auch für die Zerbrechlichkeit der Demokratie. Das Gedenken und Erinnern an historische Ereignisse und Personen folgt dabei keinem Selbstzweck, sondern schafft den notwendigen „Denk“-Raum, um über die Grundlagen und die innere Verfasstheit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu reflektieren. Daher gilt es, insbesondere dem Erinnern und der Aufarbeitung der SED- und der Nazi-Diktatur breiten öffentlichen Raum zu geben – und dies nicht nur anlässlich runder Gedenktage und Jubiläen. Vielmehr sehen wir als Fraktionen von CDU und CSU den Erhalt einer lebendigen Erinnerungskultur als eine permanente gesellschaftspolitische Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger an. Dabei ist es wichtig, vor allem das Erinnern an und die Aufarbeitung der SBZ/SED-Diktatur nicht als rein „ostdeutsches Thema“ zu verorten, sondern stärker als gesamtdeutsche Aufgabe zu verstehen und mit Leben zu füllen.

Es bedarf eines gesamtdeutschen Bewusstseins für das in der SBZ und DDR begangene Unrecht. Sowohl der dauerhafte Zugang zu den Stasiakten im Bestand des Bundesarchivs als auch deren wissenschaftliche Aufarbeitung sind hierfür elementar. Dazu gehört aber auch das Festhalten an der weiteren Aufarbeitung sowie die Erinnerung an das Schicksal sämtlicher Opfergruppen der kommunistischen Gewaltherrschaft, deren Existenz, Leben und Freiheit beeinträchtigt worden sind. Dies schließt die Forderung nach einer Fortsetzung und Erweiterung des Wiedergutmachungsprozesses bezüglich der Opfer von DDR/SED-Unrecht ein, u. a. durch eine Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze sowie eine Erweiterung der Anspruchsberechtigung der sogenannten „Opferrente“ auf weitere Opfergruppen. Dementsprechend gilt es, sowohl auf Bundesebene als auch in den Ländern eine umfassende Bildungs- und Vermittlungsarbeit zu etablieren. Im Sinne einer offensiven Demokratiewerk ist das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger dafür zu schärfen, dass vor allem die aktive Teilnahme am öffentlichen Leben das Fundament unserer freiheitlich demokratischen Verhältnisse bildet. Hierfür sollen Möglichkeiten der Kooperation mit den jeweils benachbarten Ländern genutzt und gemeinsame Projekte etabliert werden, in denen die konstitutiven Elemente unserer Demokratie mit den historischen Erfahrungen erlebbar werden. Im Kern geht es dabei um das Erfahrbarmachen einer der Demokratie wesenseigenen Verknüpfung von Freiheit und Verantwortung.

Wir als Unionsfraktionen sehen insbesondere die ehrenamtliche Arbeit als eine der wesentlichen Säulen unseres demokratischen Gemeinwesens. Ehrenamtlich Engagierte stärken durch ihren freiwilligen Einsatz für das Gemeinwohl und ihr Verantwortungsbewusstsein den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Vereine und Verbände sind aufgrund ihrer auf Mitbestimmung angelegten Strukturen Lernorte demokratischen Aus-Handelns.

